

Stadtwerke planen Neubau für Verwaltungsräume

Mit der Planung eines Verwaltungsneubaus setzen die Stadtwerke Vilsbiburg ihre kontinuierliche Entwicklung weiter fort. Mit dem Lückenschluss zwischen dem Kundencenter und einer Lagerhalle auf einer bestehenden Pflasterfläche kann eine weitere Flächenversiegelung vermieden werden, wie Stadtwerkeleiter Wolfgang Schmid in einer Werkausschuss-Sitzung erklärt. Als Baustil wurde bewusst eine Kombination aus alt und neu gewählt, um so die Stile der beiden anliegenden Gebäude im Mittelbau zu vereinen. Die durchgängige Barrierefreiheit der 350 Quadratmeter großen Nutzfläche war oberste Planungsprämisse, gefolgt von Energieeffizienz und einem Raumkonzept für zeitgemäßes Arbeiten. Kurze Kommunikationswege sorgen für effiziente Geschäftsprozesse. Als Betonfundamente auf der Seite zum Rettenbach hin können vorhandene Anlagenfundamente genutzt werden, deren Größe ausreichen, um selbst vor Pegelständen bei Extremhochwasser zu schützen.

Nach einer detaillierten Nutzen- und Kostenabwägung entschied sich der Werkausschuss zwischen den grund-



legenden Varianten eines Holzständer- und Massivbaus in Niedrigenergiebauweise für letzteren, da die beiden Anschlussgebäude ebenfalls in Ziegelbauweise errichtet sind und insgesamt eine Kosteneinsparung von ca. zehn Prozent möglich ist. Der teilweise Verzicht auf den Schwerpunkt der Nachhaltigkeit in der Bauweise bedeutet jedoch keinesfalls Einbußen im energetischen Betrieb des Gebäudes, wie Schmid untermauerte. Eine Luftwärmepumpe mit Rückführung der Abwärme, eine PV-Anlage auf dem Pultdach mit Südwestausrichtung, ein

50 kWh Batteriespeicher sowie die Verwendung gedämmter Hohlkammerziegel ermöglichen die Einhaltung der KfW-40-Anforderungen auf Niveau eines Passivhauses. Die Kosten für einen Aufzug sind in den geplanten Gesamtkosten von 1,4 Mio. Euro nicht enthalten, jedoch die Vorbereitungen für einen späteren Einbau. Der Baubeginn ist im Herbst 2025 vorgesehen. Die Kosten werden somit auf die Wirtschaftspläne 2025 und 2026 verteilt. Der Bezug der Büroflächenenerweiterung für bis zu acht Mitarbeiter sollte bei planmäßigem Ablauf im Herbst 2026 erfolgen.